

Antrag 201/I/2018**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Die Friedensnobelpreisträgerin zum Vorbild nehmen – Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag jetzt!**

1 Der Besitz von Atomwaffen ist weiterhin ein existenziel-
2 les Risiko für die Menschheit. Deren Abschaffung bleibt
3 ein wichtiges friedenspolitisches Ziel. 2017 wurde erst-
4 mals ein bindender Atomwaffenverbotsvertrag vorgelegt,
5 der bislang von 56 Ländern unterzeichnet wurde. Eben-
6 falls im vergangenen Jahr wurde die Internationale Kam-
7 pagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit dem
8 Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dies sollte uns in der
9 Unterstützung der Abrüstungsinitiative bestärken. Eine
10 Stationierung von Atomwaffen in Rheinland-Pfalz ist
11 über ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten
12 Kriegs nicht mehr begründbar. Darüber hinaus stellen
13 die Atomwaffen ein Sicherheits- und Umweltrisiko dar.“
14 durch „Die fortwährende Stationierung von Atomwaf-
15 fen in Rheinland-Pfalz steht einer friedensorientierten Si-
16 cherheitspolitik grundsätzlich entgegen, ist moralisch ver-
17 werflich und stützt den derzeit bedauerlicherweise herr-
18 schenden Trend der gegenseitigen Aufrüstung. Zudem
19 stellen jene ein erhebliches Risiko für die Umwelt dar.

20

21 Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, dem Atom-
22 waffenverbotsvertrag der UNO-Generalversammlung
23 beizutreten und ihn zu ratifizieren. Die Bundesregierung
24 soll zudem in Gespräche mit anderen Staaten treten, die
25 dem Atomwaffenverbotsvertrag noch nicht beigetreten
26 sind und für einen Beitritt werben. Einen Fokus soll die
27 Bundesregierung insbesondere auf Staaten richten, die
28 aktuell über Atomwaffen verfügen.

29

30 Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, Ver-
31 handlungen mit der US-amerikanischen Regierung aufzu-
32 nehmen, um die Stationierung von Atomwaffen („Nuclear
33 Sharing“) auf dem NATO-Stützpunkt in Büchel zu beenden
34 und auch zukünftig keine Atomwaffen auf dem Boden der
35 Bundesrepublik Deutschland zu stationieren.

36

37 Desweiteren fordern wir die sozialdemokratischen Mit-
38 glieder der Bundesregierung dazu auf, sich

- 39 • in diplomatischen Konsultationen u.a. im Rahmen
40 der Vereinten Nationen und in bilateralen Gesprä-
41 chen mit Nuklearstaaten als Verhandlungspartne-
42 rin für den Atomwaffensperrvertrag einzusetzen
43 und
- 44 • sich für die rechtliche Verbindlichkeit des Atomwaf-
45 fensperrvertrags einzusetzen, um an der vollkom-
46 menen Abschaffung von Atomwaffen wesentlich
47 mitzuwirken.

